

Gebühren für den Geist: Peter Glotz fordert Studiengebühren

Das Buch "Im Kern verrottet" bricht mit ehernen Prinzipien der Sozialdemokratie

Von **Joachim Fritz-Vannahme**

29. März 1996 / Quelle: (c) DIE ZEIT 1996

AUS DER ZEIT NR. 14/1996



Ein prominenter Sozialdemokrat fordert Studiengebühren. Peter Glotz, bildungspolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion, vom Herkommen selbst Hochschullehrer und sonst für seine temperamentvolle Eloquenz bekannt, senkt an dieser Stelle die Stimme, schließlich bricht sein Vorschlag mit heiligen Prinzipien seiner Partei. Nötig sei eine mäße Mitfinanzierung des Hochschulsystems durch jene, die durch seine Leistungen begünstigt werden, schreibt Peter Glotz in seinem Buch "Im Kern verrottet?", das an diesem Donnerstag in Bonn vorgestellt wird.

Ein Bildungspolitiker als Bilderstürmer? Ach, schön wär's. Denn schon der Termin verrät, daß der Tabubruch den üblichen parteipolitischen Benimmregeln gehorcht. Vor den Landtagswahlen veröffentlicht, hätten Glotz' Thesen vielleicht den bitter nötigen Streit befördern können. So aber wurde Bildungspolitik wieder einmal nicht zum Wahlkampfthema, und ein kundiger Bildungspolitiker zeigte sich in seinem Willen zur Wahrheit allzu wohltemperiert, timide, um es mit einem Glotzschen Lieblingswort zu beschreiben.

Die Frage des Titels (verlegt bei dva) kann vorweg beantwortet werden: Für verrottet hält Peter Glotz die deutsche Universität noch nicht, aber für ein gefährlich rasch sinkendes Kulturgut. Was einst nationalen Stolz rechtfertigte, gerät zunehmend zur Schande. Schuld daran ist zum einen die Politik in Bund und Ländern, die eine Finanzierungslücke von mindestens vier Milliarden, womöglich sogar von weit über sieben Milliarden Mark entstehen ließ Diese Unterfinanzierung ist politisch gewollt. Der Autor beklagt zu Recht, "daß der seit zwei Jahrzehnten vor sich gehende Rückzug des Staates aus der

Finanzverantwortung für die Bildung unverantwortlich ist". Im Vergleich der OECD-Länder nimmt das reiche Deutschland einen Abstiegsplatz ein, doch niemand in Bonn, Düsseldorf oder München scheint das zu genießen. Wer lautstark um den Standort Deutschland fürchtet, darf bei der Verrottung einer Schlüsselinstitution nicht länger zusehen. Glotz schätzt, daß eine Kehrtwendung auf seiten des Bundes schon mit einer Milliarde Mark mehr für die Unis erreicht werden kann. Über diese (eher bescheidene) Schätzung mag man streiten, aber selbst dieser Betrag übersteigt offenbar Mut und Vorstellungskraft der derzeitigen Regierung in Bonn. Anders stelle sich, so Glotz, die Situation in den Bundesländern dar: Sie stünden mit dem Rücken zur Wand, ihre strukturelle Budgetknappheit sei allenfalls durch eine - unwahrscheinliche - Neuverteilung der Steuermittel aufzuheben. Neue Finanzquellen etwa bei Mäzenen lassen sich kaum erschließen, der SPD-Politiker streift allerdings einen Grund - das Steuerrecht - nur ganz kurz und geht dieser sehr deutschen Schwäche bei der Finanzierung öffentlicher Aufgaben durch private Spender nicht weiter nach.

Bleibt also die "wenig erfreuliche, aber wahrheitsgemäße Botschaft" einer Mitfinanzierung der Universitäten durch die Studenten. Timide legt sich Glotz auf die Höhe des Betrags nicht genau fest, jene tausend Mark pro Semester, die im Wissenschaftsrat und der Rektorenkonferenz "halbherzig" erwogen werden, scheinen aber seinen Vorstellungen zu entsprechen. Natürlich muß sich der Sozialdemokrat an dieser Stelle mit den Genossen auseinandersetzen, vor allem mit dem Vorwurf, Studiengebühren seien unsozial und unsolidarisch. Angesichts des schlechten Rufs deutscher Universitäten - übrigens auch im Ausland, wie die sinkende Zahl ausländischer Studenten belegt - weist Peter Glotz darauf hin, daß nur die Durchschnittsverdiener auf die mäßigen, gebührenfreien Leistungen angewiesen bleiben und der Wohlhabende seine Sprösslinge nach Oxford oder Harvard schicken kann. Entscheidender ist ein anderes Argument, das nicht nur Sozialdemokraten ungerne hören: "Wieso es ‚sozial‘ sein soll, daß der junge Facharbeiter, der Beamte des einfachen Dienstes oder die Verkäuferin die Studienkosten für den gleichaltrigen Medizinersohn bezahlen, bleibt unerfindlich. Das derzeitige System bewirkt eine Einkommensübertragung von einkommensschwachen auf einkommensstärkere Schichten."

Die Grundsicherung des Studiums müsse allerdings Sache des Staates bleiben. Peter Glotz folgt bei der künftigen Finanzierung der Hochschulen weitgehend Vorschlägen, die unlängst auch in der ZEIT von Detlef Müller-Böling, dem Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh, erläutert wurden. Dazu gehört auch ein Studienfonds, der Studiengebühren dem Zugriff der Finanzminister entziehen und die staatlichen Zuwendungen an die Beiträge der Studenten koppeln soll. Eine Reform der Ausbildungsförderung

müsse das ergänzen. Am Ende könnten Gebühren auch die Chance eröffnen, "eine hoheitliche Verwaltung in ein Dienstleistungsunternehmen umzuwandeln".

Doch Peter Glotz beschränkt sich nicht auf Fragen der Hochschulfinanzierung. "Der Staat muß Leine lassen", fordert er und entwirft eine Zukunft mit autonomen Hochschulen, die "ihr eigenes Profil entwickeln können, die aufgrund dieses Profils miteinander in Wettbewerb treten und deren Leistungen so weit überprüfbar gemacht werden müssen, daß sie ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber der Gesellschaft nachkommen können". Den Übergang vom Modell staatlicher Kontrolle zum Modell staatlicher Aufsicht, den Bruch mit dem staatlichen Paternalismus hätten, wie Glotz wieder in Anlehnung an eine Studie des CHE schreibt, Länder wie Australien, die Niederlande oder auch Großbritannien bereits weitgehend vollzogen. Erste Bedingung für einen erweiterten Handlungsspielraum unserer Hochschulen muß dabei die Neuregelung des Zugangs sein: "Auf die Dauer wird sich eine fachgebundene Hochschulreife durchsetzen." Das Abitur als Passepartout hält Glotz für eine Lebenslüge des Bildungssystems. Hochschulen will er, wieder in männlicher Form, "einen gewissen Einfluß auf die Auswahl ihrer ‚Kunden‘ geben".

Keine Autonomie und kein Wettbewerb ohne eine Finanzautonomie der Universitäten: Sie ermögliche erst eine Leistungsentlohnung an der Spitze der Fakultäten oder Fachbereiche. Das Beamtenrecht wertet Glotz dabei nicht einmal als Hindernis und warnt sogar, daß eine Abschaffung der Verbeamtung zunächst gar nichts garantiere. Hier wird der Redegewandte dünnlippig, verrät der einstige Hochschullehrer für Kommunikationswissenschaften einen Esprit de corps, der nicht über richtig oder falsch urteilt, sondern über die Opportunität des Arguments. Eine Totalreform der deutschen Universität lehnt Peter Glotz ab; gefordert sei eine "Strategie der Entkoppelung". Wenige Argumente in diesem Buch sind neu, überraschend sind eher die intellektuellen Allianzen des Autors, etwa mit der Denkschule des CHE.

Schließlich war der ganz junge Peter Glotz einmal SDS-Aktivist, später in der Bundesassistentenkonferenz als Radikalreformer engagiert und als Staatssekretär im Bonner Bildungsministerium am Öffnungsbeschuß der Hochschulen 1977 beteiligt. Glotz blickt auf diese Zeit selbstkritisch zurück, begründet, warum die neue Hochschule am Ende eine Baustelle blieb, "zugig, von Gerüsten umstanden. Man kann darin leben, aber es ist laut, unbequem und an manchen Stellen gefährlich."

Was der Bildungspolitiker Glotz in seinem Buch zu sagen hat, ist immer gescheit. Aber es ist nicht radikal, nicht gefährlich genug, schon gar nicht nach Wahlen, um eine Bildungsdiskussion zu entfachen, die von Politikern aller

Couleur zu lange schon in der Asche gehütet wird.

Zum Thema Hochschule siehe auch Literaturbeilage der ZEIT: "Frische Reformkost", Seite 30

Zurück zur ZEIT